

Protokoll

Stadtteilplenum Moabit West

Datum: 21.05.2002
Ort: Waldstraße 32 (Bethania-Gemeinde)
Moderation: Susanne Torka, Susanne Sander
Protokoll: Jürgen Schwenzel
Teilnehmer: s. Liste

Frau Torka und Frau Sander begrüßen die Teilnehmer/innen und stellen den beabsichtigten Ablauf des Plenums dar. Der vorgesehene Tagesordnungspunkt (2) zum Landeshaushalt ist beim Veranstaltungsbeginn ungewiss, da Frau Jutta Leder noch im Abgeordnetenhaus an einer Ausschuss-Sitzung teilnimmt. Im Laufe des Stadtteilplenums sagt Frau Leder telefonisch ihren Beitrag ab.

TOP1: Keine ersten Klassen an der Richard-Schröter-Grundschule – Schulschließung auf Raten?

Frau Hänisch informiert darüber, dass in der Richard-Schröter-Grundschule im kommenden Schuljahr keine ersten Klassen mehr eingerichtet werden sollen. Der Grund für den Beschluss des Bezirksamts, der im April gefasst wurde, ist die rückläufige Zahl der Schüler/innen aufgrund der Bevölkerungsentwicklung. Dadurch werden die Klassenfrequenzen zu niedrig. Die Sollklassenstärke beträgt 26 Schüler/innen, aktuell haben die Klassen 21-23 Schüler/innen. Dadurch fehlen den Schulen Lehrerstunden. Mehrere Schulen im Bezirk haben nur noch einen Klassenzug. Das Bezirksamt sieht deshalb die Notwendigkeit der Schließung von Schulen.

Die Region Moabit West ist schulisch überversorgt. Der Beschluss, welche Schule geschlossen wird, wird im Schulentwicklungsplan festgelegt, im Herbst wird der Beschluss gefasst. Zu den Entscheidungskriterien gehören der Schulweg und der bauliche Zustand. Die Lage der Richard-Schröter-Schule bedeutet für mehr Schüler/innen einen langen Schulweg, als die anderen Schulen.

Falls der Schließungsbeschluss die Richard-Schröter-Schule treffe, was Frau Hänisch empfehlen wird, soll der Schulstandort als Realschulstandort gestärkt werden. Der Umbau der Sportanlage Neues Ufer bleibt in der Investitionsplanung des Bezirks bestehen.

Aus dem Publikum wird bemerkt, dass beim Schulweg auch die Art des Weges zu berücksichtigen ist, an der Kreuzung Huttenstraße/ Wiebestraße fehlt weiterhin eine Ampel. Es wird aber darauf hingewiesen, dass die Schule mit öffentlichen Verkehrsmitteln sehr gut zu erreichen ist, im Gegensatz zu manch anderen Grundschulen in Moabit. Die Leiterin der Richard-Schröter-Grundschule, Frau Degel berichtet, dass je Klasse weniger als zwei Förderstunden zur Verfügung stehen. Der Regelunterricht ist bei einer Klassenfrequenz von 24 Kindern abgedeckt, erst bei mehr Kindern gibt es ein Deputat für Sonderpädagogik. Bei weniger als 24 Kindern je Klasse fehlen Lehrerstunden. Es gibt keinen Stundenausgleich für Schulen in benachteiligten Gebieten.

Für das kommende Schuljahr wurden 47 Kinder für das erste Schuljahr neu angemeldet. Über den Bezirksamtsbeschluss wurden die Eltern der neuangemeldeten Kinder vom Bezirksamt schriftlich informiert, die Eltern der Kinder, die die Schule derzeit besuchen, wurden von Frau Degel über die Entscheidung benachrichtigt.

Vom Publikum wird der Wunsch geäußert, dass Schulen das Nachmittagsangebot ausbauen, an Nachmittagsbetreuung für Kinder fehle es insgesamt im Bezirk. Außerdem wird die Frage aufgeworfen, ob nicht Klassenfrequenzen von 20 Kindern sinnvoller seien als eine Klassengröße

ße von 24 oder 26 Kindern. Die Situation in besonders benachteiligten Gebieten solle berücksichtigt werden.

Frau Degel verweist auf den Hort an der Richard-Schröter-Grundschule und das neu eingerichtete Angebot als verlässliche Halbtagschule. Außerdem wurden an der Richard-Schröter-Grundschule in Kooperation mit dem Moabiter Ratschlag die Schulstation und der Computerraum eingerichtet und vom Quartiersmanagement unterstützt. Das pädagogische Angebot der Schule wurde um einen Montessori-Zweig erweitert. Idee der Schule war es, die Richard-Schröter-Grundschule zu einer Kiezschule zu entwickeln.

Enttäuscht zeigt sich Frau Degel von den Senatoren Strieder und Böger, die auf Schreiben von ihr bisher nicht reagiert haben. Kritik übt Frau Degel auch am Quartiersmanagement, da dieses ein Unterstützungsschreiben zu spät verfasst habe. Außerdem sei es kontraproduktiv gewesen, dass das QM auf der dritten Seite des Schreibens einen Forderungskatalog aufgelistet habe, welche Angebote im Falle einer Schließung der Richard-Schröter-Grundschule an anderen Schulen übernommen werden müssen.

Die Richard-Schröter-Schule könne bei den Kriterien mit ihrem pädagogischen Konzept aufwarten, nicht allerdings mit der Schulwegsituation.

Kritik wird von zahlreichen Teilnehmern geübt, dass die getroffene Bezirksamtsentscheidung zu den ersten Klassen die endgültige Entscheidung des Schulentwicklungsplans vorweg nimmt. Die Entscheidung ist zum verkehrten Zeitpunkt gefallen, sie hätte erst nach Erstellung eines Schulentwicklungsplans getroffen werden können.. Eine Mutter wirft das Szenario auf, dass ihr Kind eventuell zweimal durch Ummelden betroffen sei, wenn im Herbst der Schließungsbeschluss nun doch nicht die Richard-Schröter-Schule, sondern die Schule, in die ihr Kind nunmehr eingeschult wird, trifft. Es wird die Frage aufgeworfen, ob Eltern künftig die Schulen nicht mehr frei wählen können?

Frau Degel berichtet, dass ein oder zwei Kinder aus Charlottenburg die Richard-Schröter-Grundschule besuchen, aber auch für Charlottenburg liegt die Schule nicht günstig z.B. im Vergleich zum Mierendorffplatz.

Herr Dieter Allendorf (SPD) berichtet von den Gremien, die bis Herbst zum Beschluss über die Schulentwicklungsplan beteiligt werden. Seine Auffassung, dass diese Gremien den Beschluss fassen, wird von Frau Hänisch korrigiert. Die Beschlussfassung obliegt gesetzlich dem Bezirksamt.

Frau Heike Tjaden-Pape (Moabiter Ratschlag) weist auf die Schulstation hin, die im Dezember an der Schule neu eingerichtet wurde. Es gab die Hoffnung mit der Schulstation einiges bewirken zu können. An der Schule ist die Arbeit schwierig, die Elternarbeit ist problematisch, da die Eltern sich kaum engagieren. Viele Schüler sind in ihrer Freizeit sich selbst überlassen, haben eine hohe Gewaltbereitschaft. Die Ansätze der Schulstation hatten gute Chancen auf Erfolge, auch eine Zusammenarbeit mit dem Hort sei möglich.

Frau Undine Kroner von der Moabiter Grundschule und im Bezirk Fachleiterin für Deutsch kritisiert die BA-Entscheidung. In diesem Jahr bestand noch die Möglichkeit auf eine Schließung zu verzichten und einen besseren Zeitablauf zu bewerkstelligen. Der BA-Beschluss ist faktisch eine Umgehung der Schulgremien und bedeutet gleichzeitig einen Vertrauensverlust für die Politik. Ihre Utopie von Schule sind ganztags betreute zwei- bis dreizügige Grundschulen, keine größeren Schulen. Dort wo Eltern sich nicht engagieren, müsse besonders viel passieren.

Herr Reschke (CDU-Fraktion) wünscht eine Transparenz der Entscheidung anhand klarer Kriterien und Schule als einen Ort für Angebote. Herr Eschenburg erkundigte sich, ob bei dieser Entscheidung die Frage der Integration berücksichtigt wurde.

TOP2: ist entfallen (s.o.)**TOP3: Berichte aus den Arbeitsgruppen****a) Arbeitsmarkt von unten**

Frau Kali Balcerowiak stellt die Ideen zum Projekt „Arbeitsmarkt von unten“ vor. Ziel des Projektes ist es, in Moabit West einerseits die ungenutzten Potentiale der Bewohner/innen zu erfassen und diese dem Stadtteil zur Verfügung zu stellen. Arbeit soll finanziert werden, nicht Arbeitslosigkeit. Ein erstes Treffen mit Interessierten hat stattgefunden, das nächste ist für den 24.05. vorgesehen, weitere Treffen werden unter den Teilnehmern verabredet und öffentlich bekannt gemacht. Zunächst wird ein Fragebogen entwickelt, anhand dessen die Analyse durchgeführt werden soll. Eine weitere wichtige Komponente besteht in der Vernetzung zu anderen Gruppen. Kali Balcerowiak stellt beim Quartiersfonds einen Antrag auf Fördermittel für das Projekt.

Außerdem verfolgt Frau Balcerowiak ein zweites Projekt, dreißig Biographien über arbeitslose Menschen zu verfassen und dabei aufzuzeigen, welche Fähigkeiten diese Menschen haben

b) Begrünungsaktion in der Waldstraße

Die Waldstraßeninitiative hat eine Baumscheibenbegrünungsaktion in der Waldstraße initiiert und regt die Bewohner/innen zur Pflege der Baumscheiben an. Die Initiative sammelte Unterschriften zur Erneuerung der Bänke in der Straße.

c) Entrümpelungsaktion Berlichingenstraße 8

Die Entrümpelungsaktion des Quartiersmanagement hat im Mai stattgefunden. In vier Wochen soll der Abriss des Gebäudes erfolgen (zum Zeitpunkt des Protokolls Abriss im Juli). Zwischen dem Bolzplatz des Spielplatzes Rostocker Straße und dem Gebäude müssen Bäume gefällt und Sträucher entfernt werden. Der Bolzplatz selbst liegt nicht im Sicherheitsbereich bei den Abrissarbeiten und kann währenddessen weiter genutzt werden.

d) Spielplatzbetreuung Venus

Der Verein Venus ist in Auflösung. Für die künftige Durchführung der Spielplatzbetreuung, die durch den Quartiersfonds unterstützt wird, gibt es interessierte Projekte.

TOP4: Aktuelles / Verschiedenes**Themenvorschläge für das Juni-Plenum****a) Ergebnisse einer Befragung des QM zur Integration**

Das Quartiersmanagement hat eine (nicht-repräsentative) Umfrage zum Zusammenleben zwischen Deutschen und Migranten verfasst. Sie ist für Interessierte kostenlos erhältlich. Ein Vorschlag ist es, beim nächsten Plenum die Studie vorzustellen. Der Ausländerbeauftragte des Bezirks soll über seine Aufgaben und Möglichkeiten zur Unterstützung der Stadtteilarbeit berichten. Das Thema Integration an Schulen soll vorgestellt werden.

b) Verkehrsbelastung Beusselstraße

Ein zweiter Themenvorschlag ist die Vorstellung und Diskussion des Modellversuchs „HEAVEN“ der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zur Verkehrsbelastung der Beusselstraße, bei dem ab Juni verschiedene Maßnahmen zur Senkung der Belastung ausprobiert werden.

c) Grünflächen

Die Pflege von Grünflächen ist dritter Themenvorschlag

d) Landeshaushalt

Das ausgefallene Thema Landeshaushalt könnte ebenfalls Thema des Juniplenums sein.

Im Stimmungsbild ergibt sich, dass die Themen Integration (a) und Verkehrsbelastung (b) als Schwerpunktthemen mit Zeitbegrenzung für das Juniplenum gewünscht werden. Das Thema Landeshaushalt stößt weiterhin auf großes Interesse, angesichts der voraussichtlichen Zeitschiene wird die Darstellung im nächsten Stadtteilplenum jedoch als unrealistisch eingeschätzt.

Termine

Es wird auf verschiedene Termine (vor Verschickung des Protokolls) hingewiesen.